

Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)

zu dem Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/11870 –

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundesministerin
der Verteidigung
In Verantwortung für die Zukunft Deutschlands.
Für eine starke Bundeswehr in einer Welt im Wandel

A. Problem

Nachdem die Bundesministerin der Verteidigung sich entsprechend dem Zwei-Prozent-Ziel der NATO für eine Verdoppelung der Ausgaben für Rüstung und Militär auf rund 85 Mrd. Euro ausgesprochen habe, solle der Bundestag dieses Vorhaben zurückweisen.

B. Lösung

Ablehnung des Entschließungsantrags ~~auf~~ mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Entschließungsantrag auf Drucksache 19/11870 abzulehnen.

Berlin, den 16. Oktober 2019

Der Verteidigungsausschuss

Wolfgang Hellmich
Vorsitzender

Ingo Gädechens
Berichterstatter

Dr. Fritz Felgentreu
Berichterstatter

Rüdiger Lucassen
Berichterstatter

**Dr. Marie-Agnes
Strack-Zimmermann**
Berichterstatterin

Dr. Alexander S. Neu
Berichterstatter

Dr. Tobias Lindner
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Ingo Gädechens, Dr. Fritz Felgentreu, Rüdiger Lucassen, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Dr. Alexander S. Neu und Dr. Tobias Lindner**I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat den Entschließungsantrag auf **Drucksache 19/11870** in seiner 109. Sitzung am 24. Juli 2019 zur federführenden Beratung an den Verteidigungsausschuss sowie zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Bundesministerin der Verteidigung habe sich unmittelbar vor ihrer Vereidigung in einem Interview entsprechend dem Zwei-Prozent-Ziel der NATO für eine Erhöhung der Ausgaben für Rüstung und Militär ausgesprochen. Mit dem Ziel, ab dem Jahr 2024 zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Militärausgaben zu verwenden, sei nach Berechnungen verschiedener Institute eine Verdoppelung der Ausgaben für Rüstung und Militär auf bis zu 85 Mrd. Euro jährlich verbunden. Dies bedeute eine jährliche Erhöhung des Verteidigungsetats um 6,8 Mrd. Euro. Mit der Vorlage wird beantragt, dass der Bundestag dieses Vorhaben zurückweisen solle. Die Bundesregierung solle aufgefordert werden, keine öffentlichen Zusagen zu machen, die das Haushaltsprärogativ des Bundestags in Frage stellten, sondern Vorschläge zu präsentieren, wie die Bundesrepublik Deutschland zu Abrüstung und Vertrauensbildung in Europa und der Welt beitragen könne.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 39. Sitzung am 16. Oktober 2019 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Vorlage in seiner 41. Sitzung am 16. Oktober 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Berlin, den 16. Oktober 2019

Ingo Gädechens
Berichtersteller

Dr. Fritz Felgentreu
Berichtersteller

Rüdiger Lucassen
Berichtersteller

**Dr. Marie-Agnes
Strack-Zimmermann**
Berichterstellerin

Dr. Alexander S. Neu
Berichtersteller

Dr. Tobias Lindner
Berichtersteller